

6mal wöch. Bezugspreis für April 3 M. einchl. Postgebühren. Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 20 M., die 2. Spalte 15 M., die 3. Spalte 10 M., die 4. Spalte 7 M., die 5. Spalte 5 M., die 6. Spalte 3 M., die 7. Spalte 2 M., die 8. Spalte 1 M., die 9. Spalte 0,50 M., die 10. Spalte 0,25 M., die 11. Spalte 0,15 M., die 12. Spalte 0,10 M., die 13. Spalte 0,07 M., die 14. Spalte 0,05 M., die 15. Spalte 0,03 M., die 16. Spalte 0,02 M., die 17. Spalte 0,01 M., die 18. Spalte 0,005 M., die 19. Spalte 0,002 M., die 20. Spalte 0,001 M.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unzeitige u. d. Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht verlebene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Hauptdruckerei: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Pelzwaren  
Hüte  
Mützen  
O. Friedrich  
Dresden-A.  
Pillnitzer Str. 46  
Ruf 27479

# Sächsische Volkszeitung

Kristall  
und Glas für  
jede Tafel  
B. LIEBIG  
Grunauer Str. 23  
Dresden

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden-A., Pillnitzer Str. 46. Telefon: 2112. Vertikaldruck Dresden 1457. Postkonto: 2458 & 2112, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Königsplatz 1, Vertikaldruck 17. April 1926

## Innerpolitische Entscheidungen

### Fürstenabfindung - Duellfrage

Berlin, 16. April

Die vorgesehene Besprechung der Vertreter der Regierungsparteien des Reichstages mit der Reichsregierung haben heute vormittag 10 Uhr in der Reichshausung begonnen. In den Verhandlungen nehmen von der Reichsregierung die Minister Kühl und Marx teil. Der Reichskanzler ist im letzten Augenblick an der Teilnahme verhindert worden. Die Verhandlungen werden sich vermutlich sehr lange ausdehnen, da beabsichtigt ist, nach der Besprechung mit den Vertretern der Regierungsparteien auch die Vertreter der übrigen Parteien zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Zur Beratung steht in erster Linie der Besatzungsvertrag über die Fürstenabfindung. Es werden aber auch die gegenwärtig akuten innen- und außenpolitischen Fragen behandelt werden. Auch die Duellfrage soll erörtert werden.

Reichskanzler Dr. Luther, sowie die Reichsminister Dr. Kühl und Dr. Reinhold werden heute abend 8.30 Uhr zu ihrem Münchener Besuch Berlin verlassen.

Berlin, 16. April. In der gestrigen Sitzung des Reichstages ist über das Abfindungskompromiß ein Beschluß noch nicht gefaßt worden. Vielmehr soll der Kompromißentwurf erst im Laufe des heutigen Tages mit den Fraktionsführern der Regierungskoalition noch einmal durchberaten werden. Von den Besprechungen mit den Parteiführern, denen heute Besprechungen mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten folgen sollen, dürfte die endgültige Fassung des Kompromisses abhängen.

### Die Lage in Preußen

Aus dem Preussischen Landtag wird uns mitgeteilt: Die augenblickliche politische und parlamentarische Lage in Preußen ist recht eigenartig. Bekanntlich ist der Landtag mit einem großen Eklat auseinandergegangen, nachdem das lange mühselig vorbereitete und nach außerordentlichen Mühen endlich im Plenum beratungsbereite und dann auch in den Verhandlungen erledigte Hausinsener-

gesetz zur Abstimmung kam, dort aber nicht die Mehrheit fand. Die Abstimmungsniederlage ist aber von der preussischen Regierung nicht so ernsthaft aufgefaßt worden, daß sie zum Anlaß bestimmter politischer und parlamentarischer Konsequenzen genommen worden wäre, weil es sich um eine Zufallsmeinung handelte, hervorgerufen dadurch, daß eine ganze Anzahl von Mitgliedern der Regierungsparteien (darunter vom Zentrum nicht weniger als 21 und von den Sozialdemokraten 11) vor der Vornahme der Abstimmung abgewartet waren. Daraus konnte die preussische Regierung mit Recht den Schluß herleiten, daß das Gesetz unter anderen Umständen glatt angenommen worden wäre. Das Hausinsenergesetz wird von der preussischen Regierung als ein unerlässlicher Bestandteil der ganzen preussischen Finanzpolitik angesehen.

Bei dem Wiederzusammentritt des Landtags werden nun die Bemühungen in erster Linie auf die Wiedergutmachung des Vorganges gerichtet sein müssen, einmal, um der Regierung die Basis für ihre finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu geben und zum anderen aber auch, um die Parteien auch wirklich aktionsfähig zu machen. Ramenthal das Zentrum wird nachdrücklich dafür zu sorgen haben, daß solche Zwischenfälle, wie sie sich jetzt ereignet haben, sich nicht mehr wiederholen. Nicht nur mit der Stellung einer Regierungspartei, sondern auch mit der Stellung des Zentrums innerhalb der Regierung ist es nicht zu vereinbaren, wenn angesichts so scharf angelegter parteipolitischer Konstellationen Belastungen heraufbeschworen werden, die nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Partei selbst von sehr empfindlicher Rückwirkung sein könnten.

Es wird aber auch wohl über die ganze Haltung der Deutschen Volkspartei noch eindringlich zu sprechen sein. Im Reichstag ist die Regierungspartei, im Preussischen Landtag hat dieselbe Partei die Politik ihrer eigenen Bestimmungsgenossen im Reichstag und des ihren eigenen Reichens ansehenden Außenministers Stresemann glatt deklariert. Im Reichstag Regierungs-, im Landtag Oppositionspartei, hat die Deutsche Volkspartei sich zwischen zwei Stühle gesetzt, die das Vertrauen zu ihrer Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit außerordentlich erschüttern müssen. Auch das kann nicht ohne bestimmte Folgenungen bleiben. Wird der Landtag nicht zu einer sichergestellten Arbeitsfähigkeit kommen, dann bleibt gar nichts anderes übrig, als die Auflösung.

## Zerrissen

Ueber kurz oder lang mußte der tiefe Zwiespalt in der sächsischen Sozialdemokratie auch organisatorische Folgen nach sich ziehen. Im Grunde war ja das schöne Einheitsgewand der sächsischen sozialistischen Parteiorganisation schon seit geraumer Zeit arg zerklüftet. Der Schneider mußte längst, daß er mit diesem Stoff auf die Dauer die Risse nicht würde flicken können. Man erinnere sich an das dramatische Geschehen, daß sich die Rinderheit der sozialistischen Fraktion bereits einmal im Landtag anweisen ließ. Man denke an die Anhebung der Reinigungsfrist der 23 durch die sozialistische Presse, die schon seit langem nur noch der radikalen Rinderheit als Sprachrohr dient. Nur schwache Fäden hielten dieses rote Parteiengewand noch notdürftig zusammen, und es hat nur noch eines bescheidenen Anlasses bedurft, um diese Fäden endgültig zu zerreißen.

Günstigenfalls hätte man diesem Gewand noch eine Lebensdauer bis zur Auflösung des Landtages im Herbst zubilligt. Die Gnadenfrist aber ließ unerwarteterweise früher ab. Die gestrige erste Landtagssitzung nach den Osterferien hat eine reißende Klärung gebracht: des Tischtuchs zwischen den beiden sozialistischen Fraktionshäften ist endgültig zerhackt!

Man erinnert sich, daß einer der Linkssozialisten im Januar dieses Jahres mit der prophetischen Drohung herausplante, der Landtag werde das erste Quartal dieses Jahres nicht überleben. Eine Zeitlang schien es ja fast, als seien die Kleisterverluste des Berliner Parteivorstandes tatsächlich von Erfolg gewesen. Man hörte von unerfüllbaren Agitationsanträgen zur Erwerbslosenfrage und zur Wohnungsnot, durch die man die 23 für die Landtagauflösung zu ködern versuchte. Aber es kam anders. Die entscheidende Sitzung am 25. März sah die 23 nicht auf Seiten der radikalen Rinderheit, und die erträumte Landtagauflösung war wieder einmal ausgeblieben. Die Folge davon aber war ein Beschluß der Bezirksvorstände der Sozialdemokratischen Partei, der zu Beginn der gestrigen Landtagssitzung zur Verlesung kam. Alle sozialdemokratischen Abgeordneten, die am 25. März nicht für die Landtagauflösung gestimmt haben, gelten nicht mehr als Vertreter der Sozialdemokratie. Demgegenüber erließen die 23 eine längere, aber entscheidende Erklärung, in der sie es ablehnten, sich dem Geiste der „Konjunkturfäger und Wortbeiden“ zu beugen, die in letzter Zeit wieder infamistisch den Gedanken eines Paktes mit den Kommunisten, den erklärten Feinden der Sozialdemokratie, propagierten. Die sächsische Parteileitung wird bezichtigt, aus Liebe zu der kommunistischen Illusionspolitik die sozialdemokratische Partei Sachsens auseinandergerissen zu haben. Es wird klar und deutlich festgestellt, daß eine Partei von der Stärke der Sozialdemokratie in der Republik sich auf die Dauer der staatlichen Mitarbeit und Verantwortung nicht entziehen könne. Die Erklärung schließt mit dem Bekenntnis zur Beibehaltung des Kurzes positiver Staatsmitarbeit zum Vorteil des Volkes.

Am meisten verbaut über diese Wendung der Dinge dürfte wohl der Berliner Parteivorstand der S. P. D. sein. Er hat es für gut befunden, sich bis heute um eine klare Entscheidung im Sachsenkonflikt herumzudrücken. Daß ihm dadurch die Äugel immer mehr aus den Händen gleiten mußten, war ihm scheinbar nicht so ganz unklar. Heute aber wird ihm vielleicht unter dem Druck der Tatsache die Einsicht aufgegangen sein, daß eine aufgeschobene Entscheidung noch lange keine aufgehobene zu sein pflegt, und daß er jetzt unter vielleicht noch ernstlicheren Verhältnissen wie bisher wird Farbe bekennen müssen. Es tut gut, sich an diesem Wendepunkte klarzumachen, wie stark die Politik der Sozialdemokratie im Reich in letzter Zeit von den Verhältnissen in Sachsen beeinflusst war. Nur aus den garten Rücksichten auf die Töne vom radikalen linken Flügel der Partei her ist es zu erklären, wenn die Idee der Großen Koalition im Reich mit Festigung der Verhältnisse im wachsendem Maße an Zugkraft eingebüßt hat, wenn vor allen Dingen nach dem kläglichen Auscheiden der Deutschnationalen trotz aller Bemühungen keine breitere und festere Regierungsbasis geschaffen werden konnte. Von dem sächsischen Sozialistenstreit aus gesehen fällt auf das Irdische dieser Entwicklungsrichtung manches Licht. Man spricht heute offen davon, daß die Sozialdemokratie auf eine Teilnahme am zweiten Kabinett Luther nur deshalb verzichtet habe, weil sie andernfalls eine Parteispaltung hätte befürchten müssen.

Darüber aber mußte man trotzdem im klaren sein, daß sich eine so ernste Parteikrise durch die Gehe der Taktik allein nur kurze Zeit aufhalten läßt. Die Spaltung hat doch begonnen. Und wenn auch in Sachsen die Explosivstoffe in ganz besonderem Maße angehäuft waren, so zeigen sich die beiden Gegensätze, die hier zum Bruch geführt haben, doch auch in der übrigen deutschen Sozialdemokratie. Die 23 haben das in ihrer Erklärung mit Nachdruck hervor: „Ueberall, in Baden, in Hamburg, in Preußen, Württemberg und im Reich ringen in der Partei in mehr oder weniger scharfer Form die grundsätzlichen Auffassungen miteinander, ob man positiv an der Staatsmaschine mitwirken oder in negativer Opposition verharren solle.“

Weniger vom Standpunkt des laufenden Dritten als von dem der Forderung des Staatssozialismus aus wird man diese Entwicklung mit einer gewissen Genugtuung hinzunehmen bereit sein. Denn der Staat hat ein großes Interesse daran, die

## Lenkt Polen ein?

### Die Wirtschaftsverhandlungen

Warschau, 16. April. Die polnische Regierung hat ihrem Berliner Gesandten ein Memorandum über die Liquidationsfrage und die Handelsvertragsverhandlungen zur Übergabe an den deutschen Außenminister zugesandt. Gleichzeitig ist der polnische Gesandte beauftragt worden, Dr. Stresemann dringend zu bitten, die Verhandlungen über den Handelsvertrag und die Liquidation so schnell wie möglich zu Ende zu führen. Die polnische Regierung hat beschlossen, die bisherige Handelsvertragsdelegation noch durch den Bismarck für Handel und Gewerbe zu verstärken. Der Vorsitzende der Delegation und der Bismarck werden sich am Freitag nach Berlin.

### Skrzynski in Wien

Wien, 16. April. Am Donnerstagabend gab der Bundeskanzler Ramek zu Ehren des polnischen Außenministers Skrzynski ein Abendessen. In seiner Begrüßungsansprache führte Dr. Ramek unter anderem aus: Der Abschluß des Schiedsvertrages zwischen Österreich und Polen verleiht aller Welt, daß diese beiden Staaten entschlossen sind, in ihren wechselseitigen Beziehungen das Anwendungsgebiet friedlicher Mittel für die Schlichtung von Streitigkeiten zu erweitern, weil ihre Völker von aufrichtiger Freundschaft zueinander erfüllt sind und nichts anderes wünschen, als Frieden, Arbeit und gegenseitigen Austausch ihrer geistigen und materiellen Güter. Auf wirtschaftlichem Gebiete wird hoffentlich der heutige Tag ein neuer Impuls für die engere Gestaltung unserer Handelsbeziehungen sein. Der polnische Ministerpräsident führte in seiner Erwiderung unter anderem aus: Um die Welt einer besseren Zukunft entgegenzuführen ist die Erkennung der Notwendigkeit internationaler Solidarität nötig. Ich fühle mich glücklich, daß ich im Namen Polens Dokumente unterfertigen konnte, die für eine Politik der internationalen Solidarität deutliche Zeugnisse und Bürgschaften sind. Zu diesen gehören die Vereinbarungen von Locarno, die unserer Friedenspolitik Ausdruck geben und gegen niemanden gerichtet sind. Der Schiedsvertrag gibt Zeugnis von unserer beiderseitigen Bestrebungen, unsere politischen Beziehungen inniger zu gestalten. An das Abendessen schloß sich ein Empfang, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen waren.

### Polen und der Völkerbund

Meinungen Paul Boncour.

Berlin, 16. April

Der ständige Vertreter Frankreichs im Völkerbundsrat, der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour, hatte gestern eine Besprechung mit deutschen Sozialdemokraten über die Probleme der nächsten Zukunft, besonders über die Fragen, die mit dem Völkerbunde zusammenhängen. Er erklärte, seine Reise nach Polen habe den Zweck verfolgt, an Ort und Stelle jene politischen Probleme zu studieren, zu denen der Völkerbund Stellung zu nehmen habe. Zu seiner Erklärung in seiner Erwiderung auf eine Begrüßungsrede in der franco-polnischen Sejmgruppe in Warschau, daß er es im Interesse aller Signatarmächte der Locarnoverträge für wünschenswert hielt, wenn Polen im Völkerbundsrate vertreten würde, betonte er, dies sei in der Tat keine Überforderung. Bezüglich seiner Meinungen über die internationale Bedeutung der polnischen Armee sagte er: Das europäische Friedens- und Sicherheitsystem, das auf dem Völkerbund und den Locarnoverträgen begründet sei, höre an der östlichen Grenze Polens auf. Wenn er also die Frage Polens als die Grenze dieser Friedensorganisation bezeichnen müsse, so stelle er damit nur eine bedauerliche Tatsache fest. Der polnische Soldat habe eine Mission zum Schutze der gesamten für den Frieden organisierten europäischen Zivilisation zu erfüllen. Diese Meinung halte er aufrecht. Seine Meinungen über die Mission des polnischen Soldaten seien in keiner Weise gegen Deutschland gerichtet gewesen.

### „Ruhland vor dem Bankrott“

Die Moskauer Börse geschlossen.

Moskau, 16. April. Im hiesigen Arbeiterklub erklärte Bucharin in einer bedeutsamen Rede, daß Ruhland vor dem wirtschaftlichen Bankrott stehe, wenn die Bauernbevölkerung nicht sofort helfend eingreife, um die Lage zu retten. Schnelle Hilfe sei erforderlich, da der Zusammenbruch unmittelbar bevorstehe, zumal mit ausländischer Hilfe nicht zu rechnen sei.

Der weitere kurze Rückgang des Tschetwones hat dazu geführt, daß die Sowjetregierung gestern die Moskauer Börse geschlossen hat. Der Handel mit ausländischen Devisen wurde aber auf den schwarzen Märkten fortgesetzt, wobei der Tschetwone mit einem weiter stark fallenden Kurse gehandelt wurde.